

Bezugspreis:

Wochenschrift 30.- M., monatlich 12.- M. ...

Telegraphen-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die schlagzeilen- und spaltenweise ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 23. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Landabrüstung verhindert.

Neue Garantien Deutschlands?

Washington, 23. November. (EE.) Der deutsche Geschäftsträger ...

Washington, 23. November. (EE.) Die Frage der Abrüstung ...

Paris, 23. November. (WB.) Wie dem „Petit Parisien“ ...

London, 23. November. (EE.) Es kann nunmehr als beinahe ...

Washington, 23. November. (WB.) Der italienische Delegierte ...

Aus Briand sprach der „nationale Block“.

Paris, 23. November. (WB.) „Le Nouvelliste“ sagt, nicht ...

amerikanischen Freunde die Meinung beibehalten, daß ...

und daß die Unterhaltung einer so starken Armee weder seine eigene ...

Abg. Léon Blum (Soz.) schreibt im „Populaire“: War die ...

nicht beschönigen und nicht verhindern, daß Frankreich in einer ...

Das Gewerkschaftsblatt „Peuple“ verlangt von der Regierung ...

Ausstellung einer großen Armee farbiger Truppen ...

London, 23. November. (WB.) „Evening Standard“ ...

London, 23. November. (WB.) Reuters meldet aus ...

London, 23. November. (EE.) Der bekannte Sozialistenführer ...

Hyndman gestorben.

London, 23. November. (EE.) Der bekannte Sozialistenführer ...

Die Hoffnung der kontinentalen Sozialisten auf einen Aufstieg ...

Der Dollar in Berlin.

Die Berliner Börse folgt dem scharfen Rückgange ...

Elektrizitätsstreik in der Pfalz. In Gomburg in der Pfalz ...

Briand in Washington.

Daß die Washingtoner Konferenz eine vorläufige Lösung ...

Zwei Jahre sind vorüber seit jenem für ganz Europa unheilvollen ...

Wir müssen mindestens mit noch zwei Jahren französischen ...

Indessen kann nicht energisch genug gegen die Behauptung ...

Die französischen Militaristen brauchen aber diesen ...



In Wahrheit gibt es nur eine wirkliche Abrüstung, nämlich die Abrüstung der Geister, von der der französische Delegierte auf der Genfer Völkervereinigung Roble-maire in so berechneten Worten gesprochen hat. Diese Abrüstung der Geister kann die Washingtoner Konferenz schon deshalb nicht bringen, weil sich ihre amerikanischen Teilnehmer weit mehr für die Fragen des Fernen Ostens interessieren, als für die europäischen Probleme. In Europa ist unter Amerikas Mitwirkung das wirtschaftliche politische und geistige Chaos geschaffen worden. Aber das amerikanische Volk interessiert sich nicht mehr für das, was Wilson in Europa angerichtet hat, und es läßt den französischen nationalen Block allmächtig über Europa herrschen. Dieses Chaos wieder zu ordnen, ist aber ohne Amerikas politische, geistige und finanzielle Einfluß unmöglich. Nicht Abrüstungskonferenzen, sondern neue Friedenskonferenzen müßten allein zu den großen Menschheitszielen, die Harding und Hughes in ihren schönen Begrüßungsansprachen gekennzeichnet haben. „Nie wieder Krieg!“ ist auch die Parole des gesamten deutschen arbeitenden Volkes. Aber ebensowenig wie man ein Sanatorium für Lungenerkrankte mitten in einem stinkenden Sumpf aufzubauen pflegt, kann man das Reich des ewigen Friedens auf der Basis jener Diktate der Nachsicht, des Hasses und der Ungerechtigkeit begründen, die Versailles, St. Germain, Neuilly, Sevres und Trianon heißen.

## Die Gewerkschaften und Stinnes.

Der „Total-Anzeiger“ ließ gestern abend durchblicken, daß die Gewerkschaften über den Zweck der Reise Stinnes nach London unterrichtet seien, und die „Rote Fahne“ nimmt diese Nachricht mit Begeisterung auf in der Hoffnung, neues Material in dem Kampf gegen die freien Gewerkschaften gefunden zu haben. Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, daß an der Meldung des „Total-Anzeigers“ kein wahres Wort sei; die Gewerkschaften sind nicht im mindesten über Stinnes Absichten in London informiert und haben weder untereinander irgendwelche Verhandlungen gepflogen noch etwa mit Stinnes irgendwelche Verbindungen angeknüpft. Die „Rote Fahne“ läßt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft gut, derartige Behauptungen, deren Grundlosigkeit jedem Arbeiter von vornherein klar sein sollte, nicht in sensationeller Form weiterzuverbreiten.

## Kommunistische Irreführung.

Der Unfug, den die Kommunisten mit ihrer Aktion für die Lichtenburger Gefangenen eingeleitet haben, wächst sich nachgerade zu einer Proteste aus. In allen Berliner Betrieben nicht nur, sondern auch im Reich läßt man Delegationen wählen und schickt sie zum Reichsjustizminister, um die Freilassung der Gefangenen zu fordern. Damit nicht genug, haben die kommunistischen Herrschaften neuerdings einen anderen Trick ausfindig gemacht, um die Arbeiter zu verwirren. Nach der „Roten Fahne“ haben sich die am Dienstag in Berlin verhandelnden Delegationen als „provisorische Körperschaft“ konstituiert, um die gesamte deutsche Arbeiterschaft zum Kampf gegen das herrschende politische System aufzurufen. Führer dieser neuesten Körperschaft ist ein konfusier Kommunist namens Ballstab aus Stohfurt. Er hatte den Mut, für Dienstagnachmittag die Zentralleitungen der sozialistischen Parteien, des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ und der Ufa zu einer Sitzung einzuladen. Zu dieser Sitzung waren aber nur Vertreter der Ufa und der SPD erschienen. Wenn man der „Roten Fahne“ glauben soll, wäre auch die Ufa vertreten gewesen. Von der Berliner Gewerkschaftskommission war Vollmerhaus anwesend, erklärte jedoch, daß er keine Aufgabe machen könne, ohne die Gewerkschaftskommission befragt zu haben.

Da der Zweck der Sitzung durch das Fernbleiben der meisten Eingeladenen vereitelt war, beschloß man, am Mittwoch eine Delegation in die Konferenz zu schicken, die im Reichstage von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der beiden sozialistischen Parteien zur Beratung von Maßnahmen gegen die augenblickliche Teuerung abgehalten wurde. Diese Delegation ist tatsächlich heute vormittag in der erwähnten Konferenz erschienen, dort aber nicht zugelassen worden. Vielmehr wurde beschlossen, daß die Delegierten mit den Parteien einzeln verhandeln könnten.

Für heute nachmittag haben die Ballstaber nun eine Konferenz der Berliner Betriebsräte zusammenberufen, in der sie den Antrag stellen wollen, einen allgemeinen deutschen Betriebsrätekongress in kürzester Frist nach Berlin zu laden.

Diese ganze Veranstaltung ist nichts weiter als ein kommunistisches Theater! Daran ändert nichts, daß sich auch Unabhängige in den Großbetrieben — sei es aus gutem Herzen, sei es lediglich aus der Absicht, der Sozialdemokratie Schwierigkeiten zu machen — an dem Rummel beteiligen. Es ist selbstverständlich, daß sich unsere Genossen aus den Betrieben, soweit sie nicht besonders dazu beauftragt worden sind, nicht an dieser Konferenz beteiligen werden. Bemerkenswert ist noch, daß der Mitunterzeichner der Einladung Max Liefse-Neufeld, der sich als SPD-Mitglied bezeichnet, bei den maßgebenden Instanzen unserer Partei nicht bekannt ist, jedenfalls hat er von niemand den Auftrag bekommen, im Namen der Partei diese Funktion zu übernehmen. Wir warnen unsere Genossen nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich dringend davor, sich vor den kommunistischen Karren spannen zu lassen. Man appelliert an ihr Mitleid und ihr proletarisches Mitgefühl für die gesungenen Arbeiter. In Wirklichkeit aber beabsichtigt man, die sozialdemokratischen Arbeiter von ihrer Partei zu trennen und die Parteiführung der verkrachten SPD zu locken. Dies Spiel muß mit allen Kräften durchkreuzt werden. Die Unabhängigen in Halle haben ebenso wie unsere dortigen Genossen dem Generalfreistreit der Kommunisten widersprochen. Der schon angekündigte Generalfreistreit im Bezirk Halle, der zu einer Prellsion auf die Berliner Arbeiter mißbraucht werden sollte, kommt deshalb nicht zustande. Unsere Berliner Freunde werden sich durch das hysterische Geschrei der Moskauer nicht verleiten lassen, die kommunistischen Krokodile aus der Patsche zu helfen, in die sie sich selbst gebracht haben.

## Generalfreistreibpropaganda.

Halle, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem die Kommunisten nicht nur von der SPD, sondern auch vom Generalfreistreib eine Absage in Frage des Generalfreistreib erhalten haben und auch die Ufa seine Unzweckmäßigkeit erklärte, so daß ihr Mitglied in der erwähnten Delegation nicht mit nach Berlin fuhr, beschloß eine Versammlung gestern abend die nachmalige Hinausschiebung des Generalfreistreib. Es wurde eine andere Kommission gewählt, die mit ähnlichen aus anderen Orten sofort in Berlin zusammenzutreten soll, um die Durchführung des Generalfreistreib zu ermöglichen. Dieser Weg, eine besondere Konferenz abzuhalten, ist offenbar nur deshalb eingeschlagen worden, um die nicht kommunistisch orientierten Arbeiter von ihren Organisationen zu trennen. Die ganze Aktion enthält sich damit als Mitgliederfang.

## Die Unabhängigen und Lichtenburg.

Den Unabhängigen scheint in letzter Zeit die Felle ganz gehörig doorgeschwommen zu sein. Sie geben sich jetzt alle erdenkliche Mühe, sie zurückzuholen. Zu diesem Zwecke leisten sie sich manches, was ausbleibt wie ein edler Weikampf mit der „Roten Fahne“ im Schimpfen und Berschweigen von Tatsachen. Besonders die Lichtenburger Affäre wird von den Unabhängigen in den Betrieben weidlich ausgenutzt, um der SPD Schwierigkeiten zu machen und der SPD, die alle Anhänglichkeit und Treue zu beweisen. Jeden Tag flattern auf unseren Redaktionsstisch Resolutionen, in denen protestiert wird „gegen die schandlichen Mißhandlungen“ in Lichtenburg. Unterschrieben sind sie zum Teil von Unabhängigen und Kommunisten. Bedauerlicherweise lassen sich auch unsere Parteigenossen dazu verleiten, diesen Resolutionen zuzustimmen, obwohl sie aus dem Schreiben der Gefangenen und aus der Erklärung der Untersuchungskommission, die auch von dem Kommunisten

Herzfeld unterschrieben ist, wissen müssen, daß von keinem der Gefangenen Klagen über die Anstaltsverwaltung oder schlechte Behandlung durch das Anstaltspersonal oder über die Verpflegung und Unterbringung geäußert wurden. Haben die Kommunisten überhaupt ein Recht zu protestieren gegen den „Terror“ der Regierung, gegen politische Andersdenkende. Wir verneinen diese Frage und haben dazu um so mehr Recht, als die Kommunisten in der letzten Funktionärskonferenz der Metallarbeiter am Sonntag unter stürmischen Beifallsjubel eine Resolution unserer Genossen ablehnten, die forderte, daß auch die russische Regierung den Terror gegen politische Andersdenkende einstellt und die politischen Gefangenen freisetzt.

Von diesem Tatbestand ist natürlich auch die „Freiheit“ unterrichtet, aber sie bringt nicht den Mut auf, ihre Leser davon zu unterrichten, sie beschränkt sich vielmehr darauf, über die schwankende Haltung der Reichsjustiz in dieser Frage zu schimpfen und die Resolution mitzutellen, die für die Lichtenburger Gefangenen angenommen wurde.

Wir stellen diese Unwahrhaftigkeit der unabhängigen Presse hiermit öffentlich fest und richten an alle unsere Genossen in den Betrieben die Frage, ob sie es weiter für notwendig halten, mit Leuten, die den Terror und die Mandatmachung politischer Gegner zu ihren Kampfmitteln zählen, wenn es ihnen paßt, zu kämpfen, für die Befreiung von politischen Gefangenen, die in ihrem Kampf für Moskau auf dem Boden Hunderte von Mitmenschen keine Rücksicht nehmen. Mit diesen Opfern gewissenloser Agitatoren, die sich selbst noch stets in Sicherheit besorgen und andere für sich lägen lassen, haben wir tiefstes Mitleid, und wir werden wie bisher weiter dafür sorgen, daß ihnen Gerechtigkeit widerfährt. Aber wir sehen es ab, uns in den Dienst von Leuten, zu stellen, die bereit sind, schon morgen wieder Hunderte in den Tod und Tausende in die Kerker zu schicken, um neuen Agitationsstoff zu bekommen, den sie dann vom sicheren Moskauer Hafen aus gegen unsere Parteigenossen in die Welt schleudern. Wir überlassen die Unterführung solcher „Aktionen“ gerostet den „Prinzipienfesten“, aber immer sehr anerkennungsbedürftigen Unabhängigen.

## Herzfeld gegen die Reichsjustiz.

München, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Auf das von der „Bayerischen Staatszeitung“ gegebene Signal setzt die ganze rechtsbürgerliche Presse mit einer wüsten Hebe dagegen ein, daß der Reichstagsausschuß für Prüfung des Strafvollzugs seine Untersuchung auch auf Bayern erstreckt. In der Besprechung der bereits gemeldeten Mittelparteilichen Interpellation im Landtage erklärte Abg. Held (Bayer. Sp.), es bestehe die größte Gefahr neuer Erweiterungen der Zuständigkeit des Reiches auf Kosten der einzelstaatlichen Rechtsgebiete; die bayerische Volksvertretung könne sich ein derartiges Vorgehen nicht gefallen lassen. Ministerpräsident Graf Herzfeld teilte mit, daß, wenn auf der Durchführung der Absicht des Reichstagsausschusses, auch bayerische Strafvollzugsanstalten (Niederjochensfeld) zu besichtigen, bestanden werden sollte, die bayerische Regierung — die Entscheidung eines Staatsgerichtshofes anrufen würde.

## Keine indirekte ohne Besitzsteuer.

Im 33. Ausschuss des Reichstags (indirekte Steuern) haben, wie der Soz. Parl.-Dienst meldet, die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder am Mittwoch vormittag folgende Erklärung ab: „In den vorliegenden Steuer- und Zollvorlagen werden wir sozial mitarbeitend, ohne uns jedoch durch unsere Abstimmung für gebunden zu halten. Die Haltung unserer Ausschussmitglieder wird davon abhängen, ob die Besitzbesteuerung in so ausreichendem Maße erfolgt, daß eine stärkere Heranziehung des Verbrauchs sich rechtfertigen läßt, und ferner ob die Industrie sich zu annehmbaren vorübergehenden Erleichterungen für das Reich bereit erklärt, ohne an diese Hilfe unannehmbare Bedingungen zu knüpfen. Solange über diese entscheidenden Punkte keine Klarheit herrscht, müssen sich die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder ihre endgültige Stellungnahme vorbehalten.“

## Die deutsche Bevölkerungsentwicklung nach dem Kriege.

Eine bevölkerungsstatistische Bilanz des Weltkrieges und der dadurch geschaffenen Verhältnisse zieht Dr. Burgdörfer in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“, die sich auf die jüngsten Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamtes über die Bevölkerungsbewegung in den beiden Nachkriegsjahren 1919 und 1920 stützt. Die Bevölkerungsentwicklung vor dem Kriege wurde auch bei uns in Deutschland durch den Geburtsrückgang bestimmt, der um die Jahrhundertwende besonders deutlich eingeleitet hatte. Auf 1000 weibliche Personen im Alter von 15—50 Jahren kamen im Jahre 1900 146,1 Kinder, im Jahre 1906 132,6, im Jahre 1912 nur noch 119,6 Kinder. Die deutsche Fruchtbarkeitsziffer war also um die Jahrhundertwende noch um 32 Proz., also fast um ein Drittel, größer als unmittelbar vor dem Kriege. Trotz dieses rascheren Geburtsrückgangs hatte aber die deutsche Bevölkerung infolge des starken Rückganges der Sterblichkeit, und besonders der Säuglingssterblichkeit, eine starke natürliche Zunahme. Der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen betrug auch noch in den letzten Friedensjahren über 800 000 Seelen.

Der Weltkrieg aber hat auf unsere Bevölkerungsentwicklung einen geradezu verheerenden Einfluß ausgeübt, der auch in den Nachkriegsjahren nicht wieder bestritten werden konnte. Was die Eheschließungen angeht, so war die Heiratshäufigkeit während des Krieges ungewöhnlich tief gesunken. Die Zahl der Heiraten sank im Jahre 1915 und 1916 auf 4,1 pro 1000 herab und betrug auch im Jahre 1918 nur 5,4 pro Tausend. In den fünf Kriegsjahren hätten normalerweise 2 1/2 Millionen Ehen geschlossen werden müssen; es kam aber in diesem Zeitraum bloß zu 1 650 000 Ehen.

Die gleich nach dem Frieden einsetzende Heiratsperiode „meile“ hat aber nur 8,2 Proz. dieses Ausfalls wieder eingebracht. Im Jahre 1919 kamen auf 1000 Einwohner 14,8 Heiraten, und es wurden in den beiden ersten Nachkriegsjahren rund 1,7 Millionen Ehen geschlossen, das sind etwa 750 000 mehr als normalerweise zu erwarten waren. Ende 1920 war also die Ehehäufigkeit der Vorkriegsjahre weit überwiegen und der Reizausfall bis auf etwa 100 000 Ehen wieder eingebracht. Freilich nahmen nun auch die Ehescheidungen, die im Kriege stark zurückgegangen waren, seit 1918 wieder sehr zu, und während sie z. B. 1918 nur 10 494 betragen hatten, gab es 1919 22 022 gerichtliche Ehescheidungen. Der Gesamtbestand an Ehen betrug 1910 in Deutschland 11,8 Millionen und vor Kriegsausbruch 12,3. Bei normaler Entwicklung hätte es Ende 1920 in dem alten Reichsgebiet 13,6 Millionen Ehen geben müssen. Tatsächlich ergibt sich aber ein Fehlbetrag von einer halben Million Ehen.

Diese verhältnismäßig große Anzahl von Ehescheidungen hat aber nicht die zu erwartende Vermehrung der Geburten gebracht. Während des Krieges wurden etwa 3 1/2 Millionen Kinder weniger geboren als zu erwarten war. Mit einem Erfolg dieser Ungeborenen kann, im Gegensatz zu den nach anderen Kriegen gemachten Erfahrungen, nicht gerechnet werden. Wohl setzte im August

1919 eine verstärkte Geburtsbäufigkeit ein, aber dieses Jahr schloß mit einem Fehlbetrag von 400 000 Geburten ab. Doch auch im Jahre 1920 hat die nach dem Frieden einsetzende „Geburtenwelle“ nur knapp die Geburtenziffer des Friedensjahres 1911 erreicht. Ist aber bereits vom zweiten Vierteljahr 1920 an in rasch abnehmender Linie so tief gesunken, wie es unter normalen Verhältnissen vor dem Kriege im Deutschen Reich nicht bekannt war. Trotz der ungewöhnlich hohen Anzahl neuer Ehen ist also auf keinen Erfolg des Kriegesgeburtenausfalls zu rechnen.

Die Sterblichkeit, die während des Krieges durch die Schlachtenopfer und das Mitleiden der Hungerkrebse eine ungeheure gesteigert worden war, hat sich in den beiden Nachkriegsjahren 1919 und 1920 wieder dem Vorkriegsniveau genähert, ist in den letzten drei Vierteljahren sogar unter den Stand von 1913 zurückgegangen. Auch die Säuglingssterblichkeit, die während der Kriegszeit vorübergehend gestiegen war, zeigt wieder einen erfreulichen Rückgang. Nicht man die Bilanz zwischen Geburten und Sterbefällen, die vor dem Kriege fast regelmäßig einen Geburtenüberschuß von rund 800 000 Seelen zu buchen hatte, so ergibt sich während des Krieges ein erheblicher Ueberschuß der Sterbefälle. Erst das Jahr 1919 brachte wieder einen Geburtenüberschuß von geringer Höhe, und auch im Jahre 1920 ist der Geburtenüberschuß der Vorkriegszeit nicht erreicht worden. Rechnet man die durch die Gebietsabtretungen verlorene Bevölkerung mit den anderen durch den Krieg erlittenen Einbußen zusammen, so ergibt sich, daß das Deutsche Reich bis Ende 1920 etwa 11 Millionen Menschen verloren hat. Während es bei normaler Weiterentwicklung Ende 1920 etwa 73 Millionen Einwohner hätte haben müssen, ist die Zahl auf etwa 62 Millionen zusammengeschmolzen.

Kammerspiele im Vestingmuseum. Der Direktor der Steintiner Kammerspiele Alexander Nygge begann gestern abend eine Reihe allmähentlicher Aufführungen auf der belagerten Seebühne des Vestingmuseums mit der ersten Aufführung des norwegischen Schauspiel „Der Rarr“ von Peter Egge. Von der dreißigjährigen, über 30 Bände aller Dichtungsrichtungen unerschöpflichen Produktion des nunmehr fünfzigjährigen ist bisher bei uns so gut wie nichts bekannt geworden. Dabei wird auch der jetzt gezeigte Dreiaktiger Egges kaum die weiteren Wege bahnen. Das Stück weist ein bestimmtes Geschick, aber es hat so wenig eigentlich Norwegisches an sich und könnte, von gewissen Neugierigkeiten abgesehen, in jeder anderen europäischen Großstadt vor sich gehen. Der „Rarr“ ist der Skizze einer Frau von abenteuerlich schwankender Veranagenheit und einer erlosch hemmungslosen Gewalt. Er ist ihr Sklave nicht aus Sinnlichkeit, sondern aus Schwäche des Herzens, aus krankem Mitleid. Nach mehrfachen verneinlichen Versuchen will er sich nunmehr durch Scheidung von der Frau befreien, da er seit Jahren nur noch neben ihr leidet und statt ihrer ein junges Mädchen liebt, die von ihm Mutter geworden ist. Auf Veranlassung des einen Liebhabers der Frau — sie hat deren zurzeit zwei — gibt sie ihn frei und ermöglicht ihm auch durch dessen Protektion den ersehnten Berufswechsel. Der Tod des Kindes wirkt alles zusammen. Er erweckt bei der Geliebten Zweifel an der Liebe des Mannes, während sich ihm plötzlich die Augen über das wahre Wesen seiner

bisherigen Ehe, die Lebensführung der Frau, öffnen. Die Erkenntnis, die seine Niederlage feststellt, bedeutet gleichzeitig seine Rückkehr unter das alte Joch. — Das Schauspiel ist im ersten und im letzten Akt nicht ohne eine gewisse Spannung, nicht ohne Reiz des Dialogs und der Psychologie, während es im zweiten Akt mitleidig. Dazu trug teilweise die gänzlich unzureichende, weil durchaus unorbereitete Aufführung bei. Immerhin verbleibt der Eindruck einer gewissen Innerlichkeit des Spiels bei Erwin Ropp in der Rolle des „Rarr“ und bei Margarete Clapje, die die Geliebte gab. Als Regieleistung hat das Kungische Unternehmen vorläufig wenig Anspruch auf Fortsetzung.

August Bier, der berühmte Berliner Chirurg, begeht morgen (Donnerstag) seinen 60. Geburtstag. Der Nachfolger Ernst v. Bergmanns, einer der letzten Schüler Eschschors, gehört er seit vielen Jahren zu den hervorragendsten deutschen Operateuren. Sein Name ist durch zwei Entdeckungen überall bekannt geworden. Er empfand eine Methode, die Entzündung als natürliche Heilbestrebung des Körpers durch Blutstauung zu steigern; diese Bierische Stauung wirkt schmerzstillend, verhütet oder verkürzt die Eiterung und macht oft die Operation überflüssig. — Seit Bier mit seiner erst viel angefochtenen Theorie auftrat, hat sie sich auf immer weiteren Gebieten durchgesetzt. Die zweite Entdeckung Biers erzeugt durch Einspritzung von Kollin und ähnlichen Flüssigkeiten in den Wirbelsäulen Gefäßverengungen bei Operationen wenigstens in der unteren Körperhälfte. Neuerdings hat sich der hervorragende Chirurg um den Ausbau der Stauungsbehandlung der Knochen- und Gelenkverlufte in Verbindung mit Freiluftkur und Sonnenbestrahlung eingesetzt.

Die Erklärung durch die Tische. Daß man sich durch die Tische erklären kann, ist eine Gefahr, auf die ein englischer Hygieniker Dr. Halls-Dally aufmerksam macht. In dem Taschentuch, das wir in die Tasche stecken, befinden sich eine Menge von Bazillen, die ansiedelnd wirken. Diese Bakterien häufen sich in den Ecken der Tasche auf und stürzen sich in dem Moment, in dem die Widerstandsfähigkeit des Besitzers der Tasche gegen Erhaltung geschwächt ist, auf diesen, so daß er sich von neuem erkräftigt, ohne zu wissen, wodurch. Halls-Dally verlangt daher, daß die Menschen die Taschen, in der sie ihr Schnupftuch zu tragen pflegen, gehörig desinfizieren und erklärt es darüber hinaus für eine Pflicht gegen die Allgemeinheit, daß sich alle erkrankten Personen sorgfältig abschlüssen, um die Bazillen nicht auf ihre Mitmenschen zu übertragen. Diese Forderungen sind jedenfalls radikal. Bleibt nur die Frage, ob sie sich praktisch verwirklichen lassen.

Brand der Livvischen Landesbibliothek. In der Livvischen Landesbibliothek in Detmold, einer der ältesten Bibliotheken Deutschlands, brach Dienstag nachmittag Feuer aus, dem etwa 30 000 Bände zum Opfer fielen. Der Schaden geht in die Millionen. Bei den Verheerungen erlitten drei Schätze Verluste.

Reber Tafelbeere und sein Wert. Reber Tafelbeere ist ein Produkt der Volksküche, das am Sonntag, den 27., einen auf eine Abende berechneten Vorkursus im Gymnasium zum Frauenhofer, No. 78, einführte für alle Fortwäre sechs Markt in der Geschäftsstelle der Volksküche, den Reichlichen Theaterkassen usw.



## Dutschpläne der Reaktion?

Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wurden in den letzten Tagen auf Veranlassung der bethischen Landespolizeibehörden verschiedene Persönlichkeiten verhaftet, die einer rechtsstehenden Geheimorganisation angehören. Die Verhaftungen erfolgten wegen Geheimbündelei. Baldige Klärung der Angelegenheit durch eine Darstellung des Innenministeriums wäre dringend erwünscht.

## Richtlinien sozialistischer Politik.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund lud in Gemeinschaft mit der Afa und den Parteiführern der SPD. und USPD. zu einer Sitzung des Reichstags ein, um die Steuerfragen, Steuerungsprobleme sowie andere handelswichtige Fragen des wirtschaftlichen Lebens zu besprechen und zu einheitlichen Linien für künftige parlamentarische und sonstige Aktionen zu gelangen. Vor Beginn der Sitzung — Unabhängige waren noch nicht anwesend — erschienen einige Kommunisten, um an der Sitzung teilzunehmen. Sie brachten sich hierbei auf eine Einladung der USPD. Die Vertreter des ADGB. der Afa und der SPD. erklärten, von einer Einladung der Kommunisten nichts zu wissen, worauf die kommunistischen Vertreter das Sitzungszimmer verließen. Als die USPD-Vertreter in die Sitzung kamen, riefen sie eine langwierige Geschäftsordnungsdebatte hervor, indem sie behaupteten, daß sie vor dem Gewerkschaftsbund eingeladen hätten und daß sie die Kommunisten als Teilnehmer wünschten. Genosse Müller für die SPD. Reipart für den Gewerkschaftsbund und auch ein Vertreter der Afa erklärten, zum Teil aus prinzipiellen Gründen, zum Teil aus praktischen Erwägungen eine Verhandlung mit den Kommunisten ablehnen zu müssen.

Nachdem sich die USPD-Vertreter bereit erklärt hatten ohne Kommunisten zu verhandeln, teilte Reipart aus der „Roten Fahne“ mit, daß Delegierte der Betriebsräte in die heutige Sitzung kommen wollten. Genosse Adolf Braun erklärte, daß eine Verhandlung mit dieser Kommission von den Vertretern der Parteien und der Gewerkschaften gesondert stattfinden soll, welchem Vorschlag allgemein zugestimmt wurde. Hierauf provokierte Ledebour eine Erörterung, warum die Gewerkschaften vor der heutigen Zusammenkunft mit dem Reichsanwalt gestern über ihr Steuerprogramm verhandelt haben.

Es wurde ihm geantwortet, daß diese Forderungen in der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums und in der großen Steuerdebatte im Reichstag schon erörtert wurden.

Zu diesem Zwecke wurde eine Feststellung der Aktion nicht nur im Parlament, sondern auch von Demonstrationen und Versammlungen über das gemeinsame Steuerprogramm.

Es wurde ihm geantwortet, daß zuerst noch diese Einigung stattfinden müsse, bevor man über das Gezielte der Aktion sprechen könne. Schweiger vom Afa-Bund erklärte es als eine Pflicht der Gewerkschaften, sofort einzugreifen, als der Reichsbund deutscher Industrie seine Forderungen aufgestellt habe. Hermann Müller führte aus, daß man den Gewerkschaften dankbar sein müsse, daß sie es

### Gegengewicht gegen die Industrie

sofort den Standpunkt der Arbeiter dem Reichsanwalt gegenüber bekannt haben. Müller wies auf die großen Schwierigkeiten hin, mit dem Industriekongress des Zentrums, den ten Humpen, Rüdiger und Genossen, zu einer Einigung über die Sozialisierung und ähnliche Forderungen zu kommen. Ihm scheint die Auflösung des Reichstages als Folge der gegenwärtigen Steuerpolitik, die eine Einigung unter dem gegenwärtigen Ministerium auszuschließen scheint, sehr wahrscheinlich. Ein Reichsanwalt nach dem Ministerium wird sich kaum heften können. Der Appell an die Arbeiter sei sehr wahrscheinlich in Kürze zu erwarten.

Schweiger von der Afa begründete in sehr ausführlicher, sehr klarer Rede die Steuerforderungen des ADGB. und der Afa. Er wies auf die ungeheuren Schwierigkeiten der Gewerkschaften bei dem Bestreben, einen Ausgleich für die Geldentwertung zu suchen, hin.

Bei Schluß des Vortrags ergreift Hermann Müller das Wort, um seine Übereinstimmung mit den Forderungen der Gewerkschaften darzulegen.

## Groß-Berlin

### Wer bestimmt die Margarinepreise.

Die außerordentlich starke Steigerung der Margarinepreise wirkt besonders verunsichernd auf die Lebenshaltungskosten der breiten Masse. Sie ist zu einem erheblichen Teil durch den Kavalariestand hervorgerufen und deshalb begründet. Aber die Margarineindustrie bezieht nur ihre Rohstoffe aus dem Ausland, die Verarbeitung erfolgt im Inlande. Kürzlich versuchten die Unternehmer der Industrie nach einer W.B.-Reidung dadurch ihre Preispolitik zu rechtfertigen, daß sie erklärten, in Zukunft Vertreter der Verbraucher und der Gewerkschaften bei der Preisfestsetzung hinzuzuziehen. Das wäre in der Tat ein Ausweg, der wenigstens einer Ueberbretung der Verbraucher vorbeugen könnte. Jetzt befreit die Reichsregierung die Industrie die Möglichkeit dieser Mittelung. Sie beruft sich auf den Bericht eines von amtlicher Stelle orientierten Gewerkschaftsmannes und schreibt, die bei der fröhen Beratung anwesenden Unternehmervertreter hätten lebhaft unter Vorbehalt die Zusage gegeben, sie wollten die Gewerkschaftsvertreter vor jeder Preisänderung benachrichtigen, damit diese die Deffenflichkeit in sachdienlicher Weise ausfüllen könnten.

Wir können nicht glauben, daß sich Gewerkschaften dazu hergeben werden, ohne eigene Prüfung der Gründe die Preispolitik der Unternehmer vor der Deffenflichkeit zu vertreten. Die Mittelung des Interessentenkreises läßt aber darauf schließen, daß die Unternehmer ihre einmal gegebene Zusage zurückziehen wollen. Gerade bei einem so wichtigen Rohstoff wie der Margarine wäre es unbedingt erwünscht, daß die Preisprüfung der Kontrolle der Arbeiter und Verbraucher unterliegt. Es wäre angebracht, der steigenden Erregung, die die Teuerung in der Bevölkerung wachruft, zu begegnen, wenn die Reichsregierung ihre Stellung zu der Festsetzung der Margarinepreise der Deffenflichkeit unterbreiten würde.

### Vier neue Autobuslinien.

Im Einvernehmen mit dem Stadtrat des Verkehrswesens der Stadt Berlin, Dr. Adler, wird die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft in den nächsten Monaten vier neue Kraftwagenlinien in Großberlin einrichten. Es wurde ein Uebereinkommen mit der Gesellschaft dahin getroffen, daß neben jeder neu errichteten Stadlinie eine solche in die früheren Vororte Berlins, also in die Lichtenberg, führen muß, wo seit Jahren eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse dringend erforderlich ist. Die erste der neu zu errichtenden Omnibuslinien, deren Anbahnung im Dezember geplant ist, wird unweit der Linienführung der alten Kraftomnibuslinie A der Hochbahn-Gesellschaft folgen, den diese bereits vor dem Kriege betrieben hat. Der Omnibus wird vom Hermannplatz über das Holteische Tor, Anhalter, Potsdamer Bahnhof, Brandenburger Tor, Unter den Linden, Friedrichstraße nach der Chausseestraße verkehren. Die mit dieser fast gleichzeitig in Betrieb zu nehmende Vorortstrecke wird die nördlichen Vororte voraussichtlich schon Anfang Januar d. N. miteinander verbinden. Es handelt sich um die überaus wichtige direkte Kraftwagenlinie zwischen Weichenau, Pantow und Reinickendorf, deren Linienführung in den nächsten Tagen festgelegt werden

# Die Hundertschaft z. b. V.

## Mordprozeß um Wachtmeister Buchholz.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin III begann heute der lange erwartete Mordprozeß, in dem die Hundertschaft zur besonderen Verwendung eine üble Rolle spielt.

In den geheimnisvollen Tod des Wachtmeisters Johannes Buchholz, der angeblich durch Selbstmord seinem Leben ein Ende gemacht haben sollte, knüpfte sich der Verdacht und der bestimmt ausgesprochene Verdacht, daß er als Mörder von Verbrechern durch Kameraden beiseite geschafft worden sei. Die Untersuchung führte schließlich zur Erhebung einer Anklage gegen den Unterwachtmeister Rudolf Erren und gegen den Hauptwachtmeister Hermann Meyer, die des gemeinschaftlichen Mordes beschuldigt werden. Meyer ist vor kurzem in dem Prozeß wegen einer in der Charlottenburger Kaserne der Hundertschaft z. b. V. verübten Arretantenmißhandlung zu 1 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt worden. Beide Angeklagten werden aus der Untersuchungshaft vorsehlich.

Den Vorsitz in der Verhandlung hat Landgerichtsdirektor Bischoff, die Anklage wird vertreten durch die Staatsanwälte Krause-Laurenz und Dr. Steinbrecher. Verteidiger sind Rechtsanwalt Dr. Hübner und Rechtsanwalt Dr. Witt. Geladen ist eine ansehnliche Schar von etwa achtzig Zeugen, unter denen sich viele Schupo-Beamte, besonders von der Hundertschaft z. b. V. mit ihrem Hauptmann Stennes, befinden. Auch die Witwe Buchholz ist unter den Zeugen. Mehrere Gerichtsärzte und zwei Bäckerswäger sind als Sachverständige geladen. Der Zuhörerraum wird sofort voll besetzt.

Nach dem Aufruf der Zeugen betraugte ein Geschworener, daß auf der Zeugenbank auch zugehende Polizeioffiziere sitzen. Der Vorsitzende hält das für unerheblich. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Am späten Nachmittag des 15. Juni d. J. wurde in der Kaserne der Hundertschaft zur besonderen Verwendung der Charlottenburger Sicherheitspolizei im Gefängnis der Reffenkommission Nr. 39 der Oberwachtmeister Johannes Buchholz erschossen aufgefunden. Die Leiche wies einen Kopfschuß auf. Zuerst wurde Selbstmord angenommen. Die Leichensöffnung ergab jedoch, daß die Kugel am Hinterkopf einstrahlte. Da außerdem keinerlei Verbrennungsschmelzen festgestellt werden konnten, stellten die Sachverständigen fest, daß der tödliche Schuß aus einer Entfernung von 20—35 Zentimeter abgegeben sein mußte, also unmöglich von dem Gezielten selbst. Daraufhin wurde das Ermittlungsverfahren wegen Mordes eingeleitet.

Am 2. Juni d. J. hatte der Kommandeur Hauptmann Stennes gegen Buchholz die Anzeige erstattet, daß dieser 173 385 Mark unter Vernehmung falscher Buchungen unterschlagen habe. Buchholz wurde verhaftet, aber mancher Beweis wieder entfallen. Buchholz verdächtigte nun seinerseits die Hauptwachtmeister Beckwith und Lehmann und den Oberwachtmeister Schmidt der Unterschlagung und machte dabei Angaben über Unregelmäßigkeiten in der Reffenführung der Sipps. So behauptete er, daß u. a. Bäume, die auf die Namen von Agenten lauteten, auf die Namen von Handwerfern umgeschriebenen worden seien. Daraufhin wurde auch gegen den seitherigen Angeklagten Meyer und den Hauptmann Stennes ein Ermittlungsverfahren wegen Geheimbündelei und Waffenverheimlichung eingeleitet. Nach den weiteren Befundungen, denen sich auch die Unterwachtmeister Jaspert und Rummel anschlossen, hat in der Hundertschaft z. b. V. ein

### „Bund der Angemann“

bestanden, der in nachstehenden Sitzungen „Chrengerichte“ abhielt, in welchen Vorurteile in der Hundertschaft „abgeurteilt“ wurden. Der Angeklagte Erren war Vertreter des Chrengerichts. Es stellte sich heraus, daß übermäßige Waffen in der Schlosskaserne versteckt worden waren. Von der beschlagnahmten Durchsuchung muß die Hundertschaft vorzeitig Kenntnis erhalten haben, denn nachts wurden die Waffen fortgeschafft, wobei sich nach der Anklage der Angeklagte Meyer besonders beteiligt haben soll. Als am nächsten Morgen in Abwesenheit des zum Vorsitzenden befohlenen Hauptmanns Stennes der Polizeimeister Gerhardt mit Schupo- und Kriminalbeamten vor der Kaserne erschien, wurde ihm der Eintritt verweigert. Der Angeklagte Meyer hatte sogar nach Behauptung der Anklage, befohlen, die Waffen gebrauchsfertig zu machen, um gegebenenfalls die Beamten an dem Betreten gewisser Räume zu verhindern. In einer darauffolgenden

### nächstlichen Sitzung des „Chrengerichts“

unter Vorsitz des Wachtmeisters Göbel äußerte der Angeklagte Meyer, wie die Anklage behauptet, Jaspert und Rummel müßten einen Meineid leisten und der Angeklagte, Droeger, der sich auf diese beiden berufen hatte, müsse verschwinden. Droeger hat diese Drohung für ernst gehalten und gestanden, daß man ihm aus dem Leben wolle. Da wiederholt die Rede davon war, gewisse linksradikale Personen müßten beseitigt werden, wußte auch Jaspert den Eindruck hecht zu haben, daß ein ungewisser Mensch beseitigt würde. Ferner soll unter den Beamten der Hundertschaft eine gegenseitige Beihilfung bestanden haben. Einmal soll der Wacht-

meister Stolzenburg solange geschlagen worden sein, bis er zur Erde stürzte. Hauptmann Stennes soll, als sich einige Epalente beschwerten, dann bei der Parole erklärt haben, Leute, die nicht jähren könnten, wie jemand geschlagen werde, könne er nicht brauchen, sie seien zu wehlich.

Buchholz hat gegenüber seiner Ehefrau Befürchtungen für sein Leben geäußert. Nach seiner Entlassung aus der Haft erklärte B. seiner Frau, er werde ihr eine schriftliche Darstellung des wahren Sachverhalts geben für den Fall, daß er mündlos gemacht werden sollte. Ihm, Buchholz, seien 100 000 M. Schweigegehd für die Verschleierung angeboten worden. Schon vor seiner Verhaftung erzählte B. dem Unterwachtmeister Simon, er habe Veruntreuungen ausgedeckt und dem Hauptmann Stennes gemeldet, der aber nicht darauf eingegangen sei. In einem anderen Falle habe ihm Hauptmann Stennes am nächsten Tage einen Reibbetrag von 5000 M. zurückergeben. Es seien ferner, so hatte Buchholz erklärt, aus der Kasse

Beträge mit falschen Belegen an polnische Agenten gezahlt worden. — Als Simon in der Kaserne erklärte, daß er nicht an einen Selbstmord des Buchholz glaube, wurde er nach seiner Behauptung bedroht, so daß er von da ab stets einen Revolver bei sich trug. Kurz vor seinem Tode äußerte Buchholz zu dem Oberwachtmeister Koball, er schäme sich nur noch mit der Pistole unter dem Kopfkissen.

Kurz bevor der tödliche Schuß gefallen war, hatte sich Buchholz noch rasieren lassen, dann in vergnügtester Stimmung Kaffee getrunken und noch wenige Minuten vor dem Schuß die Aufwärterin beauftragt, ihm seine Anzüge in Ordnung zu bringen und für ihn ein möbliertes Zimmer zu besorgen. Kurz bevor der Schuß fiel, fand sich, wie die Anklage behauptet, der Angekl. Erren in dem Zimmer 39, in dem Buchholz arbeitete, ein, angeblich um zu telefonieren. Der Unterwachtmeister Heise hatte unmittelbar nach dem Schuß den Angekl. Erren aus dem Zimmer herauszuführen lassen. Auch der Unterwachtmeister Rummel hat Erren über die Leiche des Buchholz hinweggeführt und aus dem Zimmer 39 herauszuführen lassen. Erren habe dabei gerufen, es sei ein Unglück passiert. Die Anklage folgert daraus, daß sich zur Zeit der Tat Erren in unmittelbarer Nähe Buchholz' befand und daß nach dem Gutachten der Sachverständigen der von hinten abgegebenen Schuß kein sogenannter Raufschuß war, daß

### Erren der Mörder

ist. Meyer soll der Mithäter des Schusses sein. Ein oder zwei Tage vor dem Tode des Buchholz Koball und Storbekam mit Stennes auf dem Korridor. Storbekam äußerte zu Stennes, wenn die Sache mit den Unterschlagungen auf die Spitze getrieben würde, könnte Buchholz zur Sprache bringen, daß

### die Hundertschaft polnische Agenten beselze.

Der hinautretende Meyer äußerte: „Wenn Buchholz mit politischen Sachen kommt, ist er erledigt!“ Beide Zeugen wollen dies so aufgefaßt haben, daß B. getötet werden solle. Meyer soll eine Aufwärterin, um sie an dem Betreten des Zimmers 39 zu hindern, extra in sein Zimmer arbeiten und sie dort zu einem Schnaps eingeladen haben. Zu gleicher Zeit soll auf dem Hofe ein anderer Beamter, angeblich, um seine Waffe zu reinigen, in Werkstätte, um die Detonation des auf Buchholz abgegebenen Schusses zu vermeiden, mehrere Schüsse abgegeben haben. Schließlich soll Erren völlig unter dem Einfluß des Meyers gestanden haben.

### Die Verantwortung der Angeklagten.

Die Angeklagten bestreiten die ihnen zur Last gelegte Tat. Der Zeuge Erren, der auf einer Oberrealschule das Einjährigeneignis erworben und später bei der Schupo eintrat, gibt über die besondere Verwendung der Hundertschaft an, sie sei z. B. in diesem Jahre zur Aufhebung der damals verbotenen und heimlich gedruckten „Roten Fahne“ verwendet worden. Der Zeuge Meyer behauptet die Volksschule und eine Unteroffizierschule, mochte den Krieg und nach dem Zusammenbruch den Rückzug aus Rußland mit und trat dann bei der Schupo ein. Er weiß von einem besonderen Nachrichtendienst der Hundertschaft z. b. V., die Beamten in Zivil ausübten. Sie wurden z. B. in Versammlungen geschickt, um sie heimlich zu überwachen. Doch in der Hundertschaft eine geheime Vereinigung bestand, bestritt er. Leute, die wegen Verminderung der Mannschaft ihre Entlassung fürchteten, hätten erklärt, zusammen zu bleiben, um gemeinsam aufs Land zu gehen. Wärsicherweise hätten sie sich als „Ringmänner“ bezeichnet. Nach Angriffen der Presse gegen die Hundertschaft sei zur Ermittlung der unter der Mannschaft zu suchenden Verbreiter dieser Nachrichten eine Ur-Kommission eingesetzt worden. Auf Meyers Anregung seien Waffen, die von der Beschlagnahme durch die Franzosen bedroht waren, versteckt worden. Später aber sei das von Teilnehmern verraten worden. Ein Chrengericht, das aus Meyers Inspektion zusammtrat, habe die Verbreiter verurteilt. Dabei sei das Wort gefallen, entweder müßten sie einen Meineid schwören oder sie müßten erschossen werden. Er aber habe das nicht abge-

lehnt. Zum Frühjahr ist die Inbetriebnahme einer neuen Kraftwagenlinie Roabit-Schleifischer Bahnhof in Aussicht genommen, die das Hanfener mit dem Potsdamer Bldg. Anhalter und Schleifischer Bahnhof verbinden soll. Endlich wird auch für die südlichen Vororte eine Kraftwagenverbindung geplant, deren Führung von Lichtenrade über Mariendorf, Pantow-Stralich (Rathaus), Dahlem (Rohdickel-allee) nach Roseneck eine neue Verbindung der südlichen und südwestlichen Vororte schaffen wird. Die beiden Vorortlinien sind vornehmlich als Zubringerlinien für die Hochbahn (Rohdickel-allee) und Strohenbahn (Roseneck, Mariendorf, Beihensee und Pantow) gedacht.

### Die Angst vor dem „roten Kreuz“.

Das Bürgerturn kann doch niemals aus seiner Haut heraus, wie gerne es sich auch als Vertreter allen wahren Fortschritts und aller echten Kultur aufspielt. Seit dem 9. November sah es in Deutschland alles schwarz, am 13. März 1920 sah es freudig klopfenden Herzens den weißen Schrecken nahen. Seit einigen Tagen aber sieht es in Berlin alles rot. Ein Berliner Mittagsblatt stotterte in schlotternder Angst von einer „organisierten Ueberwindung“, weil in der Auguststraße einige Geschäfte unspätlich ein rotes Kreuz aufwiesen. Aus dieser Bemerkung auf organisierte Ueberwindung zu schließen, dazu gehört schon die tiefe Weisheit und Erkenntnis gewisser Zeitungsblätter. Wir vermuten, daß die Arbeiter dieser Kreuzer weit eher bei denen zu suchen sind, die sich in normalen Zeiten an allen Mauern, Säulen, Schaufenstern und Rotundenwänden im Hofenkreuz malen ließen.

### Doppelselbstmord aus Nahrungsforgen.

In der Schwedter Straße 240 wurden der 53 Jahre alte Schauspieler Paul Herbig mit seiner Frau in dem mit Gas angefüllten Schlafzimmer ihrer Wohnung bemutlos aufgefunden. Während Wiederbelebungsvorversuch bei dem Manne erfolglos blieben, konnte die Frau wieder ins Leben zurückgerufen werden. Sie mußte jedoch in sehr bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht werden. Nahrungsforgen hatten das Ehepaar zu dem Verzweiflungstode getrieben. — In der Fruchtstraße 34 wurden der 46 Jahre alte Arbeiter Georg Runisch und die 38 Jahre alte Verkäuferin Olga Buh mit Gas vergiftet leblos aufgefunden. Die Bemühungen eines Arztes,

se ins Leben zurückzurufen, waren bei beiden ergebnlos. Beide scheinen in gegenseitigem Einverständnis aus dem Leben geschieden zu sein. — In der Moritzstr. 9 machte der 62 Jahre alte Rentner Julius Lepenthal seinem Leben durch Beutgasvergiftung ein Ende. Er hatte die Schlüsselschere verlost und drei Gasohäne geöffnet. Aus einem hinterlassenen Schreiben geht hervor, daß Lebensüberdruß ihn veranlaßt hätte, freiwillig aus dem Leben zu scheiden.

Beginn des Rattenkrieges. Der Rattengroßkampstag, den der Berliner Magistrat für heute angelegt hatte, begann planmäßig, nachdem bereits die umfangreichsten Vorbereitungen getroffen worden waren. Wer sich Jüme der ausmarchierenden Langschwänze als besonders „belebendes“ Clement im Straßenbild vorgestellt hatte, kam nicht auf seine Rechnung. Das Gift lag aber bereit in allen Ecken und Winkeln der Häuser, in den Kellern, Höfen und auf den Hausböden. blieb nur noch übrig, den Ratten einen recht geeigneten Appetit zu wünschen. Und falls sich nicht bei ihnen die Meinung durchsetzen sollte, daß es doch besser sei, wenigstens an diesem Tage Hungerstreik zu proklamieren, so kann auf eine „gute Strede“ gehofft werden.

Billiges Schweinefleisch. In den amtlichen Fleischverkaufsstellen des 20. Verwaltungsbezirks Reinickendorf: Ost-Präsidentenstr. 121, Reinickendorfer-Wald, Köpplstr. 3 und Teget, Bahnhofsstr. 67 und Schöneberger Str. 162 gelangt in dieser Woche billiges Schweinefleisch zu nachstehenden Preisen zum Verkauf: Bauch und Backe 20 M. das Pfund, Keilfleisch und Kamm 17,50 M. das Pfund, Schinken ohne Bein 16,50 M. das Pfund, Kopf und Beine 9 M. das Pfund, Rückenfleisch und Lenden 24 M. das Pfund.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweilig neblig, sonst trocken und kühler. Seiter der nächsten kühlen bis südlichen Winden. Nächster Mittags milder froh.

## Groß-Berliner Parteingrichten.

### Heute, Mittwoch, den 23. November:

1. Abmeldung, Jahreshand: Gruppe I bei Mitte, Gruppe II bei Spiegelstr. 1; Gruppe III bei Potsdamer, am Reichs 16.

67. Wkt. (siehe 123). 74. Die Rahlenden in den Kassen: Kreis, Reichsanwalt, Dr. Krawinkel, Abolitionist, 19; Brandt, Kaufmann, Dr. L. Wetzstein; Wehner, Finanz und Steuer, Thema: „Angelegenheiten“.

118. Wkt. Wälsberg. 74. Die Abteilungsversammlung bei Tempel, Gubenstr. 7. Thema: „Die politische Lage“. Referent Genosse Käning.



# Gewerkschaftsbewegung

## 13. Verbandstag der Dachdecker.

In den Tagen vom 13. bis 19. November hielt in Thale a. S. der Zentralverband der Dachdecker seinen 13. Verbandstag ab. Den Geschäftsbericht erstatteten Verbandsvorsitzender Thomas und 1. Vize-Frankfurt a. M. Eine Debatte darüber brachte einstimmige Zustimmung zu der Tätigkeit des Vorstandes. Es sprach 23 Redner, dann wurde folgender Antrag angenommen: „Der Verbandstag erklärt sich mit der Tätigkeit des Zentralvorstandes einverstanden, spricht ihm sein weiteres Vertrauen aus und wünscht, daß er seine Arbeit in dem bisherigen für die Organisation fortschrittlichen Sinne weiterführt.“ Den Bericht für die Redaktion gab ebenfalls Thomas. Die Aussprache darüber ergab vollste Zustimmung zu seiner Redaktionsführung, die auch von den kommunistischen Kollegen gebilligt wurde.

Zum Punkt Unterstützungseinrichtungen referierte Ependring-Köln. Von einer gänzlichen Beseitigung des Unterstützungswesens könne keine Rede sein. Für die Beitragsfestlegung bilde die gleitende Beitragskala, daß mit jeder Lohn-erhöhung auch die Beiträge steigen, die sicherste Grundlage. Es wurde beschlossen, 85 Proz. eines Stundenlohnes als Beitrag zu zahlen und davon 75 Proz. mit der Hauptkasse zu verrechnen. An der Erwerbslosenunterstützung wurde nichts geändert. Die Umzugsunterstützung wurde verflüsslicht.

Über den Reichstarif sprach Verbandsvorsitzender Thomas. In zweitägigen Verhandlungen wurde die Taktik des Vorstandes in lebhaftem Füh und Wider besprochen und ein Programm für die künftige Tarifpolitik aufgestellt, in dem die Ferien, Regelung der Lehrlingsfrage und die Stellung zum § 4 des Tarifs eine besondere Rolle spielen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf den Bau-gewerksbund. Der Referent Görnich-Berlin schilderte die verschiedenen Bemühungen des Vorstandes der Dachdecker, um in dieser Frage voranzukommen. Es müsse alles getan werden, um die Erleichterung des Bundes durchzuführen; lediglich eine Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband sei abzulehnen. Nach einer längeren Aussprache wurde die sofortige Verschmelzung mit dem Bauarbeiter mit 21 gegen 13 Stimmen abgelehnt und einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Zentralvorstand beauftragt wurde, mit aller Kraft für die Schaffung des Bau-gewerksbundes einzutreten.

Über die Sozialisierung des Bauwerkes sprach Schmidt-Frankfurt a. M. einen Bericht. Nach gründlicher Beratung wurde beschlossen, 100.000 M. aus zentralen Verbandsmitteln dem Verband sozialer Baubetriebe zur Verfügung zu stellen, ferner laufend 5 Proz. der zentralen Einnahmen.

Verschiedene statutarische Bestimmungen wurden geändert. Die Wiederwahl des Zentralvorstandes erfolgte einstimmig. Der nächste Verbandstag findet Pfingsten 1924 statt.

## Delegiertenversammlung des ZDA.

Eine Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Angestellten, die am Dienstagabend in den „Sophienkellern“ stattfand, nahm zunächst den Geschäftsbericht vom ersten Halbjahr entgegen, der von Schäfer gegeben wurde. Der Redner warf in seinen Ausführungen eine lehrreiche Rückblick auf die organisatorische und werbende Tätigkeit der örtlichen Verwaltung und hob hervor, daß durch die Lohnbewegungen ein bedeutender Erfolg erzielt worden sei. Die Mitgliederzahl betrug am Schluss des Halbjahres 302.083. Im dritten und ebenso im vierten Vierteljahr habe sich eine erfreuliche Zunahme bemerkbar gemacht.

Der Massenbestand gleiche nahezu dem des Vorjahres. Für die Lohnbewegungen waren Ausgaben im Betrage von 621.316 Mark, für Unterhaltungen 372.782 M. zu leisten. In seinen weiteren Ausführungen macht der Redner darauf aufmerksam, daß man an einer Erhöhung der Beiträge angesichts der Geldentwertung und der dadurch bedingten höheren Ausgaben nicht mehr vorbeigehen könne. Nach Verhandlungen mit dem Beirat habe man sich dahin geeinigt, an Beiträgen in den bestehenden vier Gruppen 8, 12, 15 und 18 M. festzusetzen. Hierzu würden die Ortsaufschläge kommen.

Schließlich machte der Redner einige interessante Mitteilungen über das in Rotenburg o. d. Tauber befindliche, dem Fabund gehörende Erholungsheim.

Körpel ergänzte den Bericht des Vorredners und ging insbesondere auf die Beratungen ein, die in der Beiratskonferenz in Rotenburg o. d. Tauber gepflogen worden sind und über die wir bereits berichteten. Es ist dort u. a. beschlossen worden, daß dem Vorstehenden der Ortsgruppe Berlin das Recht einräumt werden soll, an den Sitzungen der Gauleiter teilzunehmen. Neben den Gauleitern sollen auch Bezirksleiter angestellt, überhaupt soll auf einen besseren Ausbau des Beamtenwesens hingewirkt werden. Weiter hat sich der Beirat für gleiche Entlohnung der männlichen und weiblichen Angestellten ausgesprochen.

Die Aussprache nahm den weitaus größten Teil des Abends für sich in Anspruch. Schließlich wurde folgender Antrag mit großer Mehrheit angenommen:

Die heute, am 22. November, tagende Delegiertenversammlung Groß-Berlins beschließt gemäß den Vorschlägen der Funktions- versammlung und der letzten Delegiertenversammlung, die Beiträge nach dem Beiratsbeschluss anzunehmen und einschließlich Deutscher ab 1. Januar wie folgt zu erheben: Klasse 1: 10 M., Klasse 2: 15 M., Klasse 3: 20 M., Klasse 4: 25 M. und für die Jugendklasse 3 Mark.

Hierauf wurde die Vertagung der Versammlung beschlossen.

## Unternehmerwittfür.

Der Inhaber der Schokoladen- und Kakaowerke G. Cyslar, Berlin, Schwedter Straße 35a und Kastanienallee 31, ist un- ausgeheilt bestrahlt, der gesetzlichen Vertretung der Arbeiter-

schaft bei Ausübung ihrer Pflichten Schwierigkeiten zu machen. Der Betriebsobmann hatte es gemagt, eine Ab- teilung zu kontrollieren, deren Akfordräge sehr der Aufbesserung bedürftig schienen. Um Unterlagen bei der beabsichtigten Verhandlung mit der Geschäftsführung zu haben, nahm er von den beiden Arbeiterinnen, die am meisten und am wichtigsten verdienen die Akfordbücher. Der Meister der Abteilung erzählte dem Obm., der Obmann hätte sich in Abwesenheit des Meisters Akfordbücher vom Meisterlich angeeignet. Trog- dem der Obmann sofort den Sachverhalt aufklärte und den Meister bligen strafte, verfügte Herr Cyslar am 3. September die fristlose Entlassung des Arbeiterobmanns wegen Be- leidigung der Firma. Das Gewerbegericht fällte am 4. November die Entscheidung, daß diese Entlassung ungesetzlich sei und verurteilte die Firma zur Tragung der Kosten. Als am andern Morgen der Obmann seine Tätigkeit wieder aufnehmen wollte, wurde er von Herrn Cyslar mit barschen Worten des Grundstücks verwiesen.

Die Belegschaft, die jetzt 300 Mann stark ist, sprach in einer Betriebsversammlung dem Obmann einstimmig ihr Vertrauen aus und verlangte in einer Resolution die Wiedereinstellung des zu Unrecht Entlassenen. Aber trotz des Willens der Belegschaft und trotz Richterpruch lehnt der Unternehmer die Wiedereinstellung ab. Wir überlassen das Urteil über diese Handlungsweise der Bewölk- erung Groß-Berlins, vornehmlich den Kunden des Herrn Cyslar aus der Arbeiterschaft.

## Die Streiks in Italien.

Der Generalstreik in Venetia dauert an. Eisenbahnen und Schifffahrt haben den Betrieb vollständig eingestellt. Zeitungen erscheinen nicht, selbst die Bäder streiken reiflos. Der Regierungs- präsident droht den Angestellten mit sofortiger Entlassung, wenn sie noch weiter im Ausstand verharren. Es kam zu Zusammen- stößen zwischen Faschisten und Arbeitern, bei denen eine Bombe ge- worfen wurde, die einen Arbeiter schwer verletzte.

Die Eisenbahner in Neapel, die für ihre streikenden Kollegen in Rom in den Sympathiestreik getreten waren, haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Das Uebereinkommen zur Beendigung des liguri- schen Generalstreiks hat im wesentlichen folgenden Wort- laut: „Die Industriellen verpflichten sich, Dienstag oder Mittwoch die Betriebe im selben Umfang wie vor dem Streik wieder zu eröffnen. Beide Parteien treten dafür ein, daß noch vor dem 27. November ein definitives Abkommen über die Lohnverhält- nisse abgeschlossen wird. Ueber die Dauer des Vertragsverhältnisses ist noch keine Einigung erzielt, jedoch sind beide Teile damit einver- standen, daß es zunächst bis zum 31. Dezember Gültigkeit haben soll. Sollte bis zum 27. November wider Erwarten das definitive Abkommen nicht abgeschlossen sein, so wird der Arbeitsminister um eine Entscheidung angerufen werden.“

## Ein Betriebsrätegesetz in Japan?

In der letzten Zeit wurden infolge von Streikbewegungen in einer Reihe von größeren Betrieben des westlichen Japan Be- triebskommissionen eingesetzt. Wie die „Presse-Mitteilungen des Internationalen Arbeitsamtes, Amt Berlin“ melden, hat diese Entwicklung den Minister des Innern veranlaßt, die Gesellschaft für Soziale Reform „Kyocho Kai“ um die Ausarbeitung eines Ge- setzes zu ersuchen, der die allgemeine Einführung von Betriebsräten zum Ziele hat. Ein solcher Entwurf ist kürzlich den Berätern des genannten Ministeriums vorgelegt worden, die weitere Vorarbeiten zu dieser Frage veranlaßt haben. Aller- dings wurde festgestellt, daß die gesetzliche Einführung von Betriebs- räten sehr schwierig ist, solange nicht das Gewerkschaftswesen selbst und die Arbeitsverhältnisse Gegenstand gesetzlicher Regelung sind. Zur Brütlung all dieser Fragen wurde vom Ministerium ein besonderer Ausschuss eingesetzt.

Die Berliner Reparaturschuhmacher beschlossen in einer außer- ordentlichen Brandensversammlung am Montag in den Ruffertkellern, das bestehende Lohnabkommen zum Jahreschluss zu kündigen und den Arbeitgebern folgende Forderungen zu unterbreiten: Erhöhung des Stundenlohnes (von 6,25 M.) um 3 M., Erhöhung der Leu- erungszulage um 150 Proz. auf den bisherigen Grundlohn. Der gegenwärtige Leuerungszulage beträgt 80 Proz. bei Reparaturen und 90 Proz. bei Neuanfertigungen. Ferner wird eine Wirtschaft- heilhilfe als außerordentliche Zulage auf die bisherigen Tariflöhne gefordert.

Die Lage im Düsseldorf Metallarbeiterstreik hat sich wieder verschlechtert. Die in Aussicht gestellte erneute Abstimmung über Fortsetzung oder Abbruch des Streiks ist vom Deutschen Metall- arbeiterverband nicht vorgenommen worden. Jetzt sollen Ver- treter vom Metallarbeiterverband zu einer Besprechung mit dem Reichsarbeitsminister nach Berlin entsandt werden. Der christliche Metallarbeiterverband hat eine Abstimmung vor- nehmen lassen, deren Ergebnis aber nicht feststeht.

Die Straßenbahner der Stadt Essen sind Dienstag in den Streik getreten.

Die Belegschaft des Lübecker Hofhofenwerkes ist in den Streik getreten, nachdem Verhandlungen wegen Erhöhung der Schichtlöhne ergebnislos verlaufen sind und auch durch den angerufenen Schlichtungsausschuss und den Demobilisierung- kommissar eine rasche Erledigung der Differenzen nicht durchzu- führen war.

Gesitter und Kapazitäten. Betriebsräte der Lederindustrie: Donnerstag 6 Uhr in den Ermischkellern, Sonnenbühlstr. 11/12, Versammlung.

Gesitter. Donnerstag früh 8 Uhr öffentliche Versammlung im Gewerkschafts- haus.

Verband der Gärtnern und Gärtnerarbeiter. Freitag 8 Uhr in Schul- hofstr. 12, Am Käsesteigen 2. Gruppe Gemeindefürbeiter, Brandensver- sammlung.

Veranstaltung der kommunalen Betriebsräte Berlins am Freitag abend 6 Uhr pünktlich in der Stadthalle, Rotherstr. 1. Vollständiges Erscheinen er- forderlich. Betriebsratsausweis der Dienststelle ist am Eingang vorzulegen. Ohne Ausweis kein Zutritt.

# Wirtschaft

## Petersburger Preise.

Folgende Tabelle gibt eine Uebersicht über die Bewegung der Preise im freien Handel auf dem Petersburger Markte. Es kostet in Rubel:

	1921	Januar	Oktober
1 russ. Pfund Schwarzbrot	500	500	3 150
1 - - - - - - - - - -	1 200	1 200	7 114
1 - - - - - Roggenmehl	700	700	2 900
1 - - - - - Hartweizen	300	300	658
1 - - - - - Gemüse	375	375	1 243
1 - - - - - Jücker	10 000	10 000	25 000
1 - - - - - Pflanzenfett	9 000	9 000	22 867
1 - - - - - Fett	12 000	12 000	25 472
1 - - - - - Mehl	2 800	2 800	10 833
1 - - - - - Hühner	2 500	2 500	5 188
1 - - - - - Salz	1 600	1 600	8 000
1 - - - - - Tee	40 000	40 000	80 000
1 Flasche Milch	700	700	3 000
1 E	500	500	1 367

Neugründung der Hohenlohe-Werke. Der Hohenlohe-Werke A.G. sind befaßlich durch die neue Grenzziehung in Oberschlesien die älteren Kohlen- und sämliche Zinkinteressen von den bei Gleiwitz gelegenen, seit 1915 in teilweise- m Ausbau befindlichen Kohlenreserven losgerissen worden. Letztere sollen nunmehr einer besonderen Aktiengesellschaft übergeben werden, die, wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, unter dem Namen Debringen Kohlenbergbau A.G. in Berlin errichtet wurde. Diese Gesellschaft bekommt ein Gründungskapital von 20 Millionen, das durchweg von den Hauptaktionären der Hohenlohe-Werke A.G., also der Fürstlich Hohenloheschen Verwal- tung, Herrn J. Pöschel und den Verwaltungsbanken gezeichnet wird. In diese neue Gesellschaft geben die drei bei Gleiwitz ge- legenen Felderkomplexe über, von denen der südöstliche Teil in Abbau genommen ist.

## Aus aller Welt.

### Wasserstoffexplosion in Ludwigshafen.

Kontag vormittag 9 1/2 Uhr explodierte im Bau 34 Wasser- stoffabfüllung, altes Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik beim Komprimieren eine Wasserstoffkugel. Hierzu erfährt die „Pfälzische Post“ (S.P.D.) durch einen Augenzeugen: Zwei Arbeiter sind tot, weitere acht mehr oder weniger schwer verletzt. Der Bau selbst ist fast vollständig zerstört. Glücklicherweise waren nicht mehr Leute im Bau oder dessen Nähe.

Der Massenfang der Sprossen hat nunmehr eingesetzt, nachdem die größeren Finkenwälder Hochfischkultur auch in den Sprossen- dungen eingetreten sind. Gekern ist in Hamburg der Massenfang von 10 dieser Natter mit zusammen 200 000 Pfund Sprossen eingebracht worden. Diese große Zufuhr hat jedoch die Preise noch nicht all- zusehr gedrückt.

In Moskau ist ein gewaltiges Feuer ausgebrochen. Der Warschauer Bahnhof steht in Flammen. Die Telefon- zentrale ist zerstört.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Pöschel, Charlottenburg; für An- zeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Hermann-Brosch-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch-Verlag, Verlagsgesellschaft, Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

# Feinschmecker



rauchen nach wie vor  
**SALEM**  
**ALEIKUM**  
**GOLD**  
ZIGARETTEN

Nr. 40rot 50grün 60orange 80gelb  
40 50 60 80PF.  
Cavalier 80PF. Cabinet Mk. 1,25

# Der deutsche Weinbrand

# EGON BRAUN AUSLESE

## Weinbrennereien Hamburg

**Achtung!**  
**Kupferstichmiede der SPD.**  
Am Donnerstag, abends 7 Uhr, findet im Gewerkschafts-Haus, Saal 2, eine Sitzung lauteicher Kollegen, die auf dem Boden der Arbeiterkameradschaft internationalen stehen, statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Sitzung zu erscheinen.  
29/11

**Sicher. Kapitalsanlage**  
Parzellen, bestes Gartenland bei den Bahnhöfen  
Mietendeckel  
Mietendeckel  
Mietendeckel & Mische  
Reichsstraße 16 (Tel. 3776)

**Wo laß ich meinen Kinnig machen?**  
**Wergarant. f. gut. 916u. Beratung?**  
**May Motel, Schneidermeister**  
Neufölln, Ringbahnstraße 88 :: Tel. 909  
Eigentum für höchste Qualitätsarbeiten.  
Diele Anfertigungen u. Tischarbeiten. 1208

**Korb- u. Rohrmöbel**  
stets hervortrag. Neuheiten.  
Große Auswahl, billige Preise  
Edmund Vogt, Bin-Neukölln  
Berliner Str. 14, Nähe Hermanns-  
platz :: Tel.: Neukölln 2264  
Reparatur, sämtl. Korbwaren

**Klaviere**  
beliebig zahl. Kauf Herer,  
Gödenstr. 8, Rollend. 1154.  
Beste Kapitalsanlage  
Vorzellen  
Mietendeckel & Mische  
Reichsstraße 16, Tel. 3776

**Garderobe**  
für Herren, Damen u. Knaben  
nur neueste Modelle auf  
bequeme Teilzahlung bei mäßiger Anzahlung  
**Heinrich Georg**  
Andreasstr. 28, 1. Et. (am Andreasstr.)

**Drum prüfe, wer sich ewig bindet!**  
Als Selbsthersteller liefert ich in Qualität u. Preis einzig dastehend  
**Trauringe**  
1 Ring, Dukaten-gold, von 250.- an  
2 Ring, Trauring, schwere Ausf., 500.-  
1 Ring, 585 gestemp., v. 300.- b. 400.-  
1 Ring, 333 gestemp., v. 75.- b. 200.-  
**H. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 30**  
Tel. Nord. 1030. - Garantiescheine für gesetzl. Goldinhalt  
In letzter Zeit ist es vorgekommen, daß mein weitverbreiteter Ruf durch Mißbrauch wird, meine Kellere nachzuahmen und da- durch das Publikum irrezuführen. Achten Sie darauf - es gibt nur eine Trauringkanone, die wohnt Artilleriestr. 30.